AfD-Fraktion im Stadtrat Pirmasens



Pirmasens, 16.12.24

Rede zum Haushaltsentwurf 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick, sehr geehrte Ratsmitglieder und Gäste,

die Schuldenspirale dreht sich weiter. Nach 15 Mio minus in 2024 beträgt das Haushaltsdefizit 2025 geplante 20 Mio Euro. Es beträgt rund 10% des Haushalts. Damit handelt es sich um die höchste Neuverschuldung der vergangenen zehn Jahre. Das durch die Entschuldung des Landes entstandene Eigenkapital von 75 Mio Euro wird voraussichtlich in den kommenden drei Jahren aufgebraucht. Eine nachhaltige Entschuldung kann nur über eine Behebung des Haushaltsdefizits erfolgen. Es erscheint geradezu weltfremd, dass in der mittelfristigen Finanzplanung von einem deutlichen Rückgang der Neuverschuldung in den Folgejahren ausgegangen wird. Schon in der Vergangenheit war die MFP zu optimistisch.

Das Bevölkerungswachstum ist wohl auf illegale Einwanderer und Asylbewerber zurückzuführen und somit durchaus kritisch zu sehen,

Die Einnahmen aus der Grundsteuer haben sich durch die Grundsteuerreform von 10,6 auf 6,6 Mio Euro reduziert. Und dies, obwohl der Hebesatz für die Grundsteuer B von 570 auf 700!!! erhöht wurde.

Besonders problematisch sind die Aufwendungen für soziale Sicherung. Erträgen von 38,4 Mio Euro stehen Aufwendungen von 79,1 Mio Euro gegenüber. Dies ergibt per Saldo ein Minus von 40,7!!! Millionen Euro. Ein erheblicher Teil dieser Gelder geht an so genannte Flüchtlinge. Besonders bitter ist hier, dass die Verwaltung keinen Einfluss auf die Höhe der Leistungen hat.

Die Investitionen erscheinen alle sinnvoll. Größter Einzelposten ist der Neubau der Turnhalle, die mit 70% bezuschusst wird. Zu bemängeln ist allerdings, dass das Land sich nicht an den Kosten für Neu- und Umbau von Kitas beteiligt, obwohl das Anrecht auf einen Kitaplatz durch ein Landesgesetz geschaffen wurde. Es ist anzumerken, dass beim neuen Jugendhaus seit mehreren Jahren eine Hängepartie besteht. Es steht zu befürchten, dass auf Druck der ADD Investitionen gestrichen werden müssen.

Insgesamt hat die Verwaltung gute Arbeit geleistet. Leider verknüpft die ADD mit der Genehmigung eines defizitären Haushalts Forderungen. Die empfindliche Erhöhung der kommunalen Steuern und Gebühren trifft vor allem finanzschwache Familien. Besonders hart finden wir die Eintrittsgelder für Kinderveranstaltungen von 5 Euro und Familienveranstaltungen von 15 Euro. Auch die Grab- und Beerdigungskosten erscheinen uns überhöht. Im Verhältnis zum Haushaltsdefizit erscheint dieser Mehrertrag marginal.

Dass wir den Haushalt ablehnen, richtet sich nicht gegen die Stadtverwaltung. Die Landesregierung lässt die Stadt auf durch Bundes- und Landesgesetze verursachte Kosten sitzen.

Volker Haberkost Fraktionsvorsitzender